

Bezugspreise:
für Halle monatlich bei zweimaliger
Ausstellung 7,50 Mark, vierteljährlich
22,50 Mk., durch die Post monatl.
2,25 Mk., vierteljährlich 24,75 Mk.
einbl. Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postanstalten angenommen. Im
amtlich. Zeitungserzeichnis unter
Coale-Zeitung eingetragen. Für
unverzügliche eingehende Manu-
skripte wird keine Gewähr über-
nommen. Nachdruck nur mit der
Quellenangabe „Coale-Zeitung“ ge-
statet. Ferner der Schriftleitung Nr.
1140, der Anzeigen-Abtg. Nr. 1103
u. 1103, der Bezugs-Abtg. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Coale-Zeitung

Funfundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise:
Die 8 gespaltenen 34 mm breite Milli-
meterzeile 0,02 deren Raum 60 Pf.,
Familienanzeigen 40 Pf., Klassen
die 92 mm breite Millimeterzeile
2,50 Mark. Anzeigen nehmen an
unserer Geschäftsstelle u. sämtliche
Anzeigen-Geschäfte. Erfüllungsort:
Halle. Erscheint täglich 2 mal,
Sonntags und Montags 1 mal.
Schriftleitung und Haupt-Ge-
schäftsstelle: Halle, Haus Brau-
nstraße 14, St. Draufstraße 17.
Leben-Geschäftsstellen: Große
Ulrichstraße 32 und Markt 24.
Postfach-Konto Leipzig Nr. 226 15.

Nr. 423.

Halle, Sonnabend, den 10. September 1921.

Einzelpreis 30 Pfg.

Teuerung und Reparation.

In einer Unterredung mit dem Berliner Korrespondenten der „Daily Mail“ hat Reichsminister Dr. Brüning diese Tage gesagt, wenn die Welt weiter falle, so könne schließlich die Zeit kommen, wo die Welt erkennen werde, daß die Grenzen der Zahlungslosigkeit Deutschlands erreicht seien. Deutschland werde jedoch fortfahren zu zahlen bis zu den Grenzen der Möglichkeit, selbst wenn es darunter zu leiden habe. Die Regierung werde keine weiteren Proteste in Form von Noten und Memoranden, die doch niemand lese, machen, sondern fortfahren, bis schließlich, wenn dies sein müßte, die Tatsachen für sich selbst sprächen. Das sind die bewußten Aussagen, die Dr. Brüning zu eröffnen, und die Frage ist nur allzu berechtigt, ob das Wagnis der Regierung, die Erfüllung der Reparationsforderungen unter allen Umständen einmal zu versuchen, zum guten Ende führen wird. Reparationen, Teuerung und Lohnbewegung stehen in tiefem ursächlichen Zusammenhang. Die Lohnbewegung, die wir jetzt wieder erleben, ist eine Folgeerscheinung der Teuerung, diese wiederum ist eine Folge der Entwertung des deutschen Geldes und die Geldentwertung wiederum wird durch die Reparationszahlungen, durch die Anstrengung unserer Regierung, sich im Ausland und im Inland Zahlungsmittel zu verschaffen, bewirkt.

Die Mittel zur Erfüllung der Reparationsforderungen müssen herbeigeholt werden. Erkennt man das an, darf man der Regierung auch nicht die Beiteuerung des Verbrauchs verweigern, wie das in dem Kampfauftritt des Bundesausschusses der Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes geschah, der eine neue Lohnbewegung andeutet und der unter Angriffen auf die gesamten Verbrauchsgütergruppen Sozialisierung der Produktion als Mittel veriangt. Gewiß, gegen die neuen Steuerpläne lassen sich triftige Einwände geltend machen, aber jeder in Wirtschaften nicht ganz unerfahrenen Beurteiler weiß, daß „die in industriellen Werken und im Boden ruhenden Kapitalwerte“, denen der erwänte Anstieg in der Hauptbedeutung, die Riesenleistungen, die das Reich aufzubringen hat“, aufgebracht wissen will, zur Tragung der Lasten eben nicht ausreichen. Wenn der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund nun weiter fordert, daß die Steuerlasten „nicht weiterhin in der bisher geübten Weise auf den letzten Verbraucher abgewälzt werden“, so kann dem entgegengehalten werden, daß „den jede Feuerliche Beanspruchung der Produktion, einerseits, an welcher Stelle sie eintritt, letzt in Endes das Ergebnis betreffen wird, also auch vom „letzten Verbraucher“ mitbezahlt werden muß.

Unsere Volkswirtschaft ist durch die Reparationsleistungen ausgepumpt. Durch das gegenwärtige Steuersystem werden die gütererzeugenden Wirtschaftszweige erheblich beschwert und dadurch werden die breiten Massen des Volkes wesentlich in Mitleidenhaftigkeit gezogen. So entstehen Teuerung und Lohnbewegung mit der Notwendigkeit eines Notgesetzes. Und dennoch haben wir auch hier eine Schwäche ohne Ende: eine wirkliche Hebung der Lebenshaltung wird durch keine Lohn- oder Lohn-erhöhung erreicht, denn höhere Löhne bedingen wieder höhere Preise, wie wir als schlagendes Beispiel an der bestehenden Erhöhung der Eisenbahntarife sehen, die durch die erhöhten Beamtensgehälter und -Löhne notwendig werden. Statt Beteuerung von der Teuerung ist eine starke Verteuerung dreier Schichten ein und die Heher um jeden Preis haben schon halbwegs gewonnenes Spiel. Denn daß das heutige Deutschland nicht imstande ist, der Teuerung zu steuern, wissen die Heher ganz genau. Es ist auch weder Schuld der Republik noch der Regierung — auch eine Monarchie könnte an diesen Zuständen nicht das Geringste ändern! — sondern es ist fremder Wille, der Not und Teuerung über unser Volk verhängt hat. Es ist der Wille von Versailles. Diesem hinsichtlich düstern Los gegenüber gibt es keinen anderen Rat, als eine müßige Selbsterhaltung in der deutschen Volks. Solange man uns in innerem Jader bekämpfen und gegenseitig zerfleischen, solange wird unsere Zukunft ohne Licht sein. Nicht Beteuerung, mag sie von links oder von rechts kommen, schmiedet in der Not zusammen, sondern gegenseitiges Verleihen wollen. Diese Mahnung für unser Inneres Staatsleben kann nicht oft und laut genug wiederholt werden — einmal wird man sie doch hören müssen.

Aufzug zur Veröhnung.

Auf Grund der an die Bevölkerung Oberschlesiens gerichteten amtlichen Aufforderung der internationalen Kommission, im Einklang mit örtlichen deutsch-polnischen Verhandlungen auch zwischen beiden Völkern Frieden herbeizuführen und auf Grund einer entsprechenden an die Funktionäre der Alliierten ergangenen Weisung, hierbei das Möglichste zur Befriedigung der Verhältnisse beizutragen, erklärt der italienische Major Renzetti, der Kommandant der Gruppe Gleiwitz der österreichischen Polizei, an alle Offiziere und Beamten der Wehrmachtspolizei und Gemeindevorstände seines Bezirkes eine in deutscher, französischer und polnischer Sprache gedruckte Veröhnung, die zur Veröhnung der Wölfer auffordert und in allen Umständen, Wachtstuben und Unterständen der Polizei angehängt ist. Da Ruhe und Frieden im Bezirk sind, im Band einzutreten, ermahnt er die Beamten in die große Aufgabe der Sicherheitspolizei, mit Energie, Stillsitzigkeit, Gerechtigkeit und Unparteilichkeit

dazu beizutragen, daß das alte Einvernehmen zwischen dem deutschen und dem polnischen Volkstteil wieder eintrete, damit die Bevölkerung ruhig und sicher ihren Lebensweg weiter gehen könne. An Stelle der Feindschaft und des Hasses müßten die Werte des Friedens beginnen. Die Offiziere und die Beamten der Wehrmachtspolizei müßten hierbei mit gutem Beispiel vorangehen.

Sir Harald Stuart wieder in Oberschlesien

Das englische Mitglied der internationalen Kommission in Opatowitz, Sir Harald Stuart, ist in Oberschlesien wieder eingetroffen und hat sofort eine Inspektionsreise in das Industriegebiet unternommen. In seiner Begleitung befand sich der englische Major Clark, der bekannte Mitarbeiter des ehemaligen englischen Bevollmächtigten Oberst Percival.

Drei deutsche Generale vor französisches Gericht geladen.

Wie Exzellenz meldet, haben der französische Justizminister und der Kriegsminister die notwendigen Anordnungen getroffen, daß die Fälle der Hauptbeschuldigten aus der Gegend von Nameng, der Generale v. Oven, v. Monigelas und Niede, sofort vor dem Kriegserichter von Nancy verhandelt werden. Die Generale werden aufgefordert werden, sich diesem Gericht zu stellen. Wenn sie der Einladung nicht Folge leisten, wird über sie in Abwesenheit geurteilt werden.

Die Kriegsbeschuldigten-Prozesse.

In der Presse tauchen immer wieder Nachrichten auf, daß die Reichsregierung in den sogenannten Kriegsbeschuldigtenprozessen den Oberstaatsanwalt angewiesen habe, möglichst schwere Strafen zu beantragen, daß der Angeklagte zu opfern, um der Gerechtigkeit den guten Willen Deutschlands zu beweisen. Es wird auch behauptet, daß das Auswärtige Amt kurz vor Beginn der Verhandlungen in Leipzig den Oberstaatsanwalt veranlaßt habe, von der in Aussicht genommenen Verlegung über die völkerrechtliche Zulässigkeit des U-Bootkrieges Abstand zu nehmen. An diesen Nachrichten ist sehr vieles wahr. Bezüglich des letzten Punktes ergibt sich dies schon daraus, daß der Oberstaatsanwalt in seinem Plaidoyer in dem Prozeß gegen den Kapitänleutnant Neumann wegen der Verletzung des Lazarettgesetzes in Slonowitz Castle eingehend die Frage nach der Rechtmäßigkeit des Befehls, Lazarettgeschiffe zu torpedieren, erörtert hat.

Belgians Vorrecht.

Der Temps meldet aus Dublin, es würde schwer für Dail-Cireann sein, die Einladung der britischen Regierung abzulehnen. Dail-Cireann müßte damit mit Ernst und seit übereinstimmenden Wünschen Irlands nach Frieden und auch damit rechnen, daß — wenn dieses endgültige Angebot verworfen würde — das Urteil der Welt gegen die Sinnseiner sich aussprechen werde, die dann einen hoffnungslosen Feldzug gegen das britische Reich in einem moralischen Vakuum führen müßte.

Die Abrüstungsfrage.

Neuer zufolge, hat die Meldung, daß Verhandlungen vor der Washingtoner Konferenz in London stattfinden, soll in japanischen Kreisen lebhafteste Interesse hervorgehen haben. Japan hat bis jetzt nichts darüber erfahren und erwartet mit Spannung aus Washington einen Hinweis auf die Ansicht der amerikanischen Regierung über das Programm und die zur Verhandlung kommenden Fragen. Nach einer Meldung des Daily Telegraph aus Tokio planen die Flottenjahrensständigen die Herabsetzung des Flottenprogramms auf acht Schlachtschiffe und sechs Schlachtkreuzer. Dieses wird als Mindestgrenze für die Sicherheit des japanischen Reiches angesehen. Vorbedingung für diese Herabsetzung sei jedoch, daß Großbritannien und die Vereinigten Staaten gleiche Verminderung ihrer Flottenrüstungen aufstimmten. Das Blatt sagt weiter, daß die japanische Marineabteilung bei der Abschaffung aller Beschränkungen auf den Südpazifik bestes und vorschlagen werde, daß die Vereinigten Staaten ihr Augenblicklich über drei Jahre verbleibendes Flottenprogramm suspendieren.

Vor der Katastrophe des Saargebiets.

Das Saargebiet wird, wie schon gemeldet, von einer Wirtschaftskrise, rüger gelagert, von einer Währungsnotlage, heimgeleitet, wie sie seit Kriegsende nicht zu verzeichnen war. Die große Weite, soweit sie nicht vom Streik betroffen sind, streifen zu Arbeiterentlassungen und die Zahl der Erwerbslosen wächst von Tag zu Tag. Die nächsten Wochen werden ohne Zweifel weitere Entlassungen von Arbeitern bringen. Die Lage im Saargebiet nähert sich bedenklich derjenigen, die dort Ende des Jahres 1919 herrschte. Die Bevölkerung litt damals zur Selbsthilfe und es kam zu großen Teuerungsunruhen. So hat heute die Regierungskommission infolge ihrer rücksichtslosen Frankeneinführungspolitik zu Französisierungszwecken, an der sie trotz allem unbeirrt festhält, wiederum dieselbe Lage vor sich zu haben: Auf der einen Seite die fast un-

erträglich wachsende Teuerung, auf der anderen Seite die Unmöglichkeit, von Lohnerböhen und Arbeiterentlassungen. Eine Katastrophe möchte aber die Saarregierung unter allen Umständen vermeiden, nicht etwa zum Wohle der Bevölkerung. Daß der Regierungskommission daran nichts liegt, hat sie durch ihre Frankeneinführung zu Genüge bewiesen. Aber eine Katastrophe könnte vielleicht doch den so überaus schwerhörigen und kurzschichtigen Wälfen aufhorchen lassen und er würde sich dann vielleicht seine „Trennhänder“ etwas genauer ansehen. Deshalb hält die Saarregierung Sühnen ab, um dem vorzubeugen.

In der letzten Sitzung wurde beschloffen:

1. Die örtlichen Preisprüfungsstellen sollen wieder errichtet und eine gegen früher verbesserte Kontrolle ausüben.

2. Es sollen gegebenenfalls Landjäger zugezogen werden, die die Kontrollorganisationen in ihrer Amtstätigkeit unterstützen.

3. Die am 2. Februar 1920 festgesetzten Kaufkraftausgleichsliste sind nachzuprüfen.

4. Das Sondergericht zur Bekämpfung von Wucher, Schieberwerb um, bleibt bestehen.

5. Es wird sofort eine Kommission aus fünf Mitgliedern gebildet, welche das Weitere beraten soll.

Darüber hinaus fordert eine gestern nachmittags stattgehabene Sitzung des Hauptauschusses der Preisprüfungskommission für das Saargebiet Ermächtigung der in Franken zu entrichtenden Prämien um, Herabsetzung der Kohlenpreise und demgemäß auch Ermächtigung der Koks-, Gas, Wasser- und Elektrizitätspreise. In beschleunigten Verhandlungen der Regierungskommission sollen alle erdenklichen Mittel und Wege geprüft und beschritten werden, um eine Katastrophe von der Saarbevölkerung abzuwenden. Alle diese Maßnahmen richten sich nur gegen einen Teil der Folgen des Frankenumlaufs, nämlich die Teuerungserscheinungen, während gegen die Wirtschaftskrise nichts unternommen wird. Das einzige Mittel, das die Katastrophe noch aufhalten könnte, die Herabsetzung der Kohlenpreise und unbefugter Marktumlauf, wird die Regierungskommission nicht anwenden, weil sie damit ihrer Französisierungspolitik die Wurzel abgraben würde.

Die französische Propaganda in Wiesbaden.

Im Rathaus Wiesbaden leistet am Freitag der französische Konsulat-Beauftragte das höchste Kuratorkat. In dem Konzert sollen nur eigene Kompositionen des Dirigenten zum Vortrag kommen. Die Veranstaltung findet auf Veranstaltung der Zeitung der französischen Kunstausstellung statt, die außerdem ein Tafelkonzert veranstaltet. Die Veranstaltung, die von der deutschen Bevölkerung im allgemeinen völlig unbeachtet bleibt, ist als Privatangelegenheit des französischen Propagandadienstes anzusehen. Die Angelegenheit erhält noch einen gewissen pikanten Beigeschmack durch die gedruckten Einladungen, die der Dirigent und Komponist u. a. auch an die deutschen Musikfreunde geschickt hat und in denen er zu einem intimen Abend im Kreise von Künstlern bei einem Glase Bier nach dem Hotel Rauscher Hof auffordert. Man vermag nicht mit allen Mitteln, allerdings auch in diesem Falle ist ungeschickt wie nur möglich, sich mit den Deutschen anzubieten. Dieser Versuch hat natürlich in Wiesbaden fehlerhaften Erfolg gehabt.

In der heutigen Völkerverbundsversammlung

bespricht Prof. K. an eine lange Rede über das Hilfsmittel, das das ungeheure Leid in Ausland lindern soll. Er erklärte in kategorischer Weise, daß man bei der Durchführung des Hilfsmittels sich in jeder Weise auf die Selbstregierung verlassen könne. Er habe bereits bei den Verhandlungen über die Währungsfrage der Regierung gefordert, die Befähigung gemacht, daß die Selbstregierung ihren Verhältnissen entsprechen solle. Trotz des Kriegszustandes habe sie mehr als die verprophete Anzahl Gefangener beibringen transportiert. Diese Erklärung machte einen tiefen Eindruck in der Versammlung und auf der Tribüne.

Ministerrat in München.

Die bayerische Delegation ist gestern mittag aus Berlin zurückgekehrt. Sofort nach Eintreffen erstatteten Weg. Heid und Staatssekretär Dr. Schöcher dem Ministerpräsidenten v. Kahr über die Berliner Verhandlungen eingehenden Bericht, worauf der Ministerrat am späten Nachmittag sich mit der Angelegenheit beschäftigte.

Berlin-Münchener Kompromiß!

Das Berliner Kompromiß beruht auf der Basis, daß der Währungsfrage zu Hand aufgehoben, dafür aber die Reichsordnung vom 29. August ihres Charakters gegen rechts entwirft wird. Die Anklagen gehen in solcher Richtung dahin, daß der Ministerrat, entprechend seiner bisherigen Haltung und seinen bisherigen Entschlüssen, diesem Kompromiß keine Zustimmung nicht werden geben können. Was weiter wird, muß abgewartet werden.

Die englisch-irische Krise.

Der Temps meldet aus Brüssel, daß der französische Vorkämpfer im Namen seiner Regierung dem belgischen Minister des Auswärtigen erklärt habe, daß seitens Frankreichs das belgische Prioritätsrecht nicht eine Sekunde zur Diskussion gestellt worden sei. Japan erwiderte, er nehme mit Vergnügen von dieser Erklärung der französischen Regierung Kenntnis.

Frankreichs Pläne im Memel-Gebiet.

Die Franzosen treten jetzt mit ihren Wälfchen, die sie in Bezug auf das Memelgebiet haben, ungeändert hervor. So hat kürzlich der Kabinettsdirektor Paroche offen erklärt, die polnische Frage verlange unter Wahrung der Selbständigkeit des Memelgebietes dessen Annäherung an Litauen. Die Franzosen wollen offenbar den polnisch-litauischen Konflikt aus der Welt schaffen. Willna soll sich als autonomer Staat an Litauen anschließen, dieses letztere aber eine föderale Union mit Polen eingehen. Um die Litauer für die französischen Pläne zu gewinnen, soll sich die selbständige Memel an Litauen anlehnen. Paroche rechnet unter Umständen auch mit einer völligen Eingliederung ganz Litauens in die polnische Republik. Auch in diesem Falle soll das Memelgebiet seine politische Selbständigkeit unter französischer Leitung behalten. Frankreich, so äußerte Paroche, braucht zwar Polen im Osten, will aber diesem gegenüber nicht alle Karten aus der Hand geben. Der Kräfte Peteneck hat durchschlafen lassen, daß ein französischer Kommissar dauernd in Memel bleibe und er sich selbst dort ankauften werde. Da die memelländische Bevölkerung weber von einer Annäherung an Litauen noch an Polen etwas wissen will, scheinen die Franzosen entschlossen zu sein, die Führer des deutsch-litauischen Schwarzbundes, der den französischen Wälfchen widersteht, mundtot zu machen. Es besteht insbesondere die Aussicht, für die Beamten ein Verbot der politischen Betätigung zu erlassen.

Ungarns Krieg gegen Oesterreich.

Dem Neuen Wiener Tagblatt wird aus Mattersdorf gedichtet: Auf den Straßen, die aus dem Burgenland nach Wiener Neustadt führen, herrscht wilde Aufregung. Nach den Ueberfällen auf die vorgeschobenen Gendarmenposten brauchen sich immer neue Flüchtlingsschaufen über die alte Grenze in Eile zu bewegen. Der Ueberfall von Freischärer und regulärem ungarischen Militär auf Agendorf hat die Situation vollends unbehaltend gestaltet. Der österreichische Landesverwalter Dr. Dany verließ Mattersdorf, Agendorf ist in die Hand der Bundesverwaltung Wiener Neustadt. Der Ueberfall auf Agendorf zeigt noch viel deutlicher das Zusammenwirken von unregelmäßigen Banden und regulärem ungarischen Militär als der Kampf um Strachlog.

Am 1/2 Uhr früh gegen am Donnerstag der Angriff eintrug. Am Agendorf waren 400 österreichische Gendarmen und starke Wachposten aufgestellt, die bis zu dem Waide reichten, der sich halbwegs zwischen Agendorf und Leobenburg zur Bahnlinie zieht. Mit dem Morgengrauen setzte auf einmal in weitem Umkreis Schießensfeuer ein. Aus dem Waide heraus drangen Freischärer vor. Der Waide gestattete ihnen, von allen Seiten heranzukommen und die Gendarmen teilweise aus den rückwärts unter Maschinengewehrsfeuer zu nehmen. Die nahm den Kampf auf, wobei 6 Gendarmen verwundet wurden. Wälfchen hat den Befehl, zurückzugehen. Hinter den Zurückgehenden tauchen starke unregelmäßige Truppen auf, regulär uniformiert, Kavallerie an der Spitze, dann Infanterie — nach unregelmäßigen Bewegungen unter Ostensburger Befehl — mit klingendem Spiel. Das war für die Gendarmen das Signal, den Kampf abzubrechen, gemäß der Instruktion, unter keinen Umständen gegen reguläres Militär vorzugehen.

Wiener-Neustadt gesichert.

Nach einer amtlichen Meldung haben infolge der durch das Zurückgehen der Gendarmen aus dem Räume von Agendorf entstandenen Lücke die im Grenzgebiet stehenden Kräfte des Bundesbesatzes den Raum von Wienerneustadt erfolgreich gesichert. Zur Sicherung von Mattersdorf sind von der österreichischen Gendarmen getrieben worden. Nach hier vorliegenden Nachrichten ist bei den ungarischen Abteilungen eine Bewegung von Süden nach Norden zu bemerken.

Die amerikanische Einwanderungsbeschränkung.

Bundesratler Wad hat eine Entscheidung gefällt, die die Befugnis der Einwanderungsbehörde aufrecht erhält, in amerikanischen Häfen einwandernde Einwanderer zurückzu-

welsen, sofern ihre Zahl die dem betreffenden Nationen durch das Einwanderungsbeschränkungs-gesetz gestattete monatliche Zahl übersteigt. Diese Entscheidung betrifft Hunderte von Angehörigen der verschiedenen Nationen, die ihre Zurückweisung entgegensehen.

Flünderungen und Demonstrationen in England.

In Liverpool haben die Arbeitlosen die Kundgebungen fortgesetzt. 5000 Personen durchzogen die Stadt. Zu Zwischenfällen ist es nicht gekommen. In Dundee sind in der letzten Nacht von Arbeitlosen einige Schaufenster erbrochen und einige Wäfen geplündert worden. Es wurden Verhaftungen vorgenommen.

Neue Ausschreitungen in Braunschweig.

Vorgestern Abend ist es hier zu schweren Ausschreitungen gekommen, die sich gegen eine Monatsversammlung des Stahlhelms richteten. In den Fabriken wurde schon nachmittags durch Handzettel zur Einarung der Versammlung aufgefordert. Infolge dieser systematischen Vorbereitung sind beide Veranlassungsorte des Stahlhelms von einigen hundert Leuten belagert und zum Teil zerstört worden. Die Straßenbahnwagen wurden besonders in der Wolfenbütteler- und Sehmiederte Straße, wo sich die Veranlassungsorte des Stahlhelms befanden, angegriffen und nach allem, vermuthlich zum Stahlhelm gehörenden Führer der Schläger. Mehrere Stahlhelmsmitglieder und ein früherer Offizier haben schwere Wunden erlitten. Auf den Straßen wurden die Stahlhelmsmitglieder beschimpft, ihnen die Kleider entzogen und einer derselben sogar vollständig ausgeplündert. Mehrere Stahlhelmsleute und einen früheren Offizier wollte die aufgebehte Menge in die Oer werfen. In den Veranlassungsorten wurden vor allem Fenster eingeschlagen. Die Wismorbüsten, Kaiserbilder, Schwarzweitzer Stammtafeln und sonstige Wäfen aus der früheren nationalen Zeit wurden heruntergerissen und getrümmert. Durch einen von den Ausschreitern abgehenden Schuß ist ein Arbeiter verletzt worden. Bei den Durchzügen der Straßenbahn nach Stahlhelmsorten hat sich vor allem der kommunistische Landtagsabgeordnete und Vorsitzende des Holzarbeiterverbandes Krolle aus Braunschweig hervorgetan. Auch der unabhängige Landtagsabgeordnete Junke und der unabhängige Reichstagsabgeordnete Boh haben durch persönliche Eingreifen die Menge gegen die Stahlhelmsmitglieder aufgebrannt. Die Versammlungen konnten unter diesen Umständen in keinem der beiden Lokale abgehalten werden. Die Regierung und die Polizeidirektion hat frühzeitig vom Stahlhelm und bürgerlichen Landtagsabgeordneten auf die drohenden Unruhen aufmerksam gemacht worden. Es wurden trotzdem keine Vorkehrungen getroffen. Erst als die Ausschreitungen schon längere Zeit andauerten und soher gefährliche Charakter angenommen hatten, sandte die Regierung und die Polizeidirektion eine Abteilung Schupolente, die von den Ausschreitern mit Wäfen wie: Blutdruck, Moskegardisten! Haut! empfangen und beschimpft wurden. In später Abendstunden zerstreuten sich die Ausschreiter.

Deutsches Reich.

Reichskommissar für das Reichsgebiet in Koblenz in Aussicht genommenen Rüstungsbauwerken ist seitens der Reichsregierung das Mandat erteilt worden.

Das Lager Altona, das bis Ende August von Truppen des 2. L. B. belegt war und jetzt für die Weiterentwicklung des 3 bis 6 zur Verfügung stehen sollte, mußte wegen Auftretens von unregelmäßigen Demonstrationen geschlossen werden. Die bereits im Lager befindlichen Teile der 1. und 2. B. sind nach dem Lager verlegt worden. Die Infanterieeinheiten nicht zu verschleppen. Es sind bis jetzt vier Todesfälle an Ruhr vorgekommen. Die Erkrankungsfälle verlaufen im übrigen gutartig. Es sind alle Maßnahmen getroffen, um das weitere Umsichgreifen der Krankheit zu verhindern.

Der Schiedspruch des Schlichtungsausschusses in Sachen der Lohnerböhung der sächsischen Arbeiter löst auf

Widerpruch. Seine Annahme ist, wie berichtet wird, heute noch zweifelhaft.

Dresden gegen Leipzig. Die Dresdener Stadtverordneten beschließen sich vorgestern mit dem Antrag des Stadtverordnetenvorsteheres Hoff, das Kollegium monatlich zu beschließen, den Rat zu erziehen, beim Reichsversammlungsdirektor dahin zu wirken, daß für Sachsen mit seinem gegen Leipzig und seinen mannigfachen Bedürfnissen ein eigener Reichstag in Leipzig einzurufen ist, mit dem Sitz in Dresden. Auch Oberbürgermeister Blüher plädierte für Annahme des Antrages. Es sei zwar richtig, daß Leipzig eine größere Stadt sei und vielleicht der Handel und Gewerbebetrieb dort eine größere Rolle spiele als in Dresden, aber das könne nicht entscheidend sein. Ferner solle der Reichstagswahl die Verhältnisse von Sachsen beherrschen; Leipzig läge da eigentlich, Dresden aber zentral.

Gegen die sächsische Reaktion. Die sozialdemokratische Volkstimme veröffentlicht einen Erlaß des Reichsjustizministers v. Kries, der belegt, daß er eine Untersuchung über das reaktionäre Treiben in den Staatslehranstalten eingeleitet habe, und daß er ohne Rücksicht gegen die verantwortlichen Leiter der ihm unterstellten Lehranstalten (so auch gegen das Chemnitz Lehrinstitut), vorgehen werde, wenn durch Herabgabe von Amtsräumen die Verbreitung unterhalten würde, die sich direkt oder indirekt gegen die republikanische Staatsform richten.

Parlamentsleute an der Arbeit. Wie die Deutsche Allgemeine Zeitung zuverläßig erzählt, sind die Leute im Dörfen eilig an der Arbeit, auch in Sachen sollen zu tun sein. Zunächst ist an die Gründung eines eigenen Organs gedacht, welches Plan bisher an der Kostenfrage gescheitert war.

Neuer Kredit für Deutschland. Evening Standard meldet, daß ein neuer Plan einer Kreditgewährung an Deutschland in den Vereinigten Staaten entworfen wurde. Dieser Plan, welcher ein amerikanisches Amt in London aus Berlin eingetroffen, wo er Verhandlungen in dieser Frage geführt habe.

Zeitungsverträge. Die „Schließliche Tagespost“ ist auf 3 Tage, die „Arbeitzeitung“ auf 5 Tage verboten worden wegen Vergehens gegen die Verordnung des Reichspräsidenten.

Auslands-Rundschau.

Die arabischen Kräfte besahen die Stadt Medina weiter. Mehr als 150 Granaten fielen auf die Stadt, die meisten allerdings ohne zu explodieren.

Kein Entsatzkommen für Lieke. Dem österreichischen Botschaften in Paris ist die entscheidende Entscheidung gegeben worden, daß die Friedensverträge nicht durchgeführt werden und werde durchgeführt werden. Dessen Name Österreich, lieber sein.

Die Schantung-Eisenbahn-Gesellschaft gibt bekannt: Dem Vorstand der Schantung-Eisenbahn-Gesellschaft ist mitgeteilt worden, daß die Reparationskommission den Wert des Eigentums der Gesellschaft auf 50 Millionen Goldmark festgesetzt hat. Wie wir von maßgebender amtlicher Stelle erfahren, läßt sich heute noch nicht übersehen, welche Entschädigung schließlich für die Gesellschaft herauspringt. Es hängt dies sowohl von der Gültigkeit durch die Reparationskommission als auch von der endgültigen geschlossenen Regelung der Liquidationsschäden ab.

Sechs Millionen Arbeitslose in Amerika. Die „Chicago Tribune“ meldet aus Washington, daß die Anzahl der Arbeitslosen von dem Vorhinein des größten amerikanischen Arbeiterverbandes, Compens, auf 6 Mill. geschätzt wird. In Befestigung dieser Schätzung forderte der Sekretär der Arbeiterpartei in einer geistigen öffentlichen Rede Notstandsarbeiten und andere dringende Maßnahmen, um bevorstehenden Konflikten vorzubeugen.

Neuer Aufruf in Bombay. Es London meldet Velt Parfien: Eine Mitteilung des Unterstaatssekretärs für Indien belegt, daß am 30. August in Bala in o r in der Provinz Bombay ein neuer Aufruf ausgedrochen ist. 2000 Eingeborene haben die Wohnung des Chefs der lokalen Regierung mit Steinwürfen angegriffen. Einzelheiten fehlen noch.

Zweifel noch heute daran, daß er wirklich der Verbrecher war. In diesem Fall wird wohl die Wahrheit nie ans Licht kommen.

Was bedeuten nun alle diese Fälle? Was sind diese unglücklichen Menschen? Was bringt sie zu diesen Verbrechen? Welches ist die physiologische und psychologische Erklärung? Dr. Healy sieht alle diese Fälle unter der Bezeichnung „Psychologische Eigen“ zusammen, die er sich endemisch definiert. „Eigen“ heisst ohne wahrnehmbare Abhängigkeit vom Beobachteten, das man im Zeitpunkt der Beobachtung nicht mit Bestimmtheit für wahrnehmbar oder epiphänomen erklären kann. Eine gute Erklärung pathologischer Beschuldigung folgt diesen Eigen. Es ist eine falsche Annahme, als die sich ein Mensch ohne wahrnehmbares Ziel hängt. Die sonderbarste Form ist natürlich die Selbstbeschuldigung. Abhängige Selbsttötung scheint besonders überzeugend auf Abnormalität zu deuten. Solche Anlagen können nicht selten periodisch wieder.“

Dr. Healy's Definition behauptet, daß diese Leute offenbar in den meisten Fällen vollständig im Besitz ihrer Geisteskräfte seien. Der pathologische Sünder braucht nicht an einer schmerzhaften Geisteskrankheit zu leiden. Andererseits beschäftigen sich viele Wahnsinnige mit solchen Eigen. In diesem Fall handelt es sich vielleicht um Hysterie. Die gewöhnlichen pathologischen Sünder können diese jedoch nicht vor; das ist der Grund, warum die Geisteskräfte so schwer diese Fälle zu entwirren können, und warum die Wahnsinnigen sie so selten begehen.

Die Psychoanalyse greift ein, wo die ältere Schule zu Ende ist. Sie untersucht die Beweggründe des pathologischen Sünders nach dem wohlbestimmten Freud'schen Gesetz, daß jede Handlung, auch die des Wahnsinnigen, ihr bestimmtes Ziel hat. Hier ist die Erklärung des falschen Sünders in den einfachen und allgemeinen Ausdrücken: Die betreffenden Menschen sind ein nervöser und labiler Typus, sie leiden an egozentrischen Trieben, die häufig in Egoismus übergehen. Der Mensch trägt sich selbst ein abstraktes Verbrechen an, da er beachtet, verurteilt, bewundert oder sogar verachtet sein will. Wir können wohl den Mann oder die Frau, den Verbrecher oder das Mädchen, die es nicht auszuhalten, wenn man ihnen keine Aufmerksamkeit oder kein Interesse schenkt. Und der Schritt von dem Wunsch, ein Held zu sein, bis zu dem Gedanken an den Mord, der behauptet, eine spezifische Tat zu verüben, ist nicht

Verbrecher in der eigenen Phantasie.

Das Mädel der Selbstbeschuldigung.

Stets, wenn ein sensationeller oder geheimnisvoller Kriminalfall die Neugier der Gesellschaft mit ihrem Sinn für das Dramatische weckt, wenn das Unheimliche und Geheimnisvolle die Phantasie der Menschen erregt, wird die Polizei von falschen Spuren, falschen Hinweisen und betrügerischen Behauptungen überführt. Jeder erfahrene Polizeibeamte kennt diese eigentümlichen Zeichen für das Interesse des Publikums, und er weiß, wie er sich derartigen Hinweisen gegenüber zu verhalten hat. Psychologen und Psychoanalytiker haben seit langem mit diesem Problem beschäftigt, aber die falschen Behauptungen sind hartnäckig und vermehren sich ständig. Wie, so fragt der gewöhnliche Sterbliche, kommt jemand dazu, sich selbst der furchtbarsten Verbrechen zu beschuldigen? Sind diese Selbstbeschuldiger verrückt? Welche Anlagen gehen andere aber gegen den Verbrechen selbst haben eines der größten Mädel der Psychoanalyse. Jeder, der Geisteskrankheiten studiert hat, von Kraft-Erregung bis Freud, hat dieser Art Verbrechen keine Aufmerksamkeit gewidmet. Tausende von Fällen hat man untersucht. Mancher Kranke ist geheilt worden, aber die breite Öffentlichkeit und die Polizei sind noch weit vom Verständnis dieser Erscheinung entfernt. Eine der erschöpfendsten Abhandlungen über dieses Thema ist von den Amerikanern Dr. William Healy und Mary Lennox Healy veröffentlicht worden, eine Arbeit, deren einziger Fehler ist, daß sie allzu streng direkten pathologischen Methoden und Auffassungen folgt. Die Healy'schen Auffassungen sind der Veröffentlichung ihres Buches noch nichts von Freud und den modernen Neurophysiologen gehört, aber das Buch enthält doch wertvolle Analysen verschiedener Fälle und ist die Frucht äußerst mühevoller Arbeit.

Dr. Healy führt zwei der interessantesten Fälle von Selbstbeschuldigung an. In dem einen Fall war es ein Mädchen von sechzehn Jahren, das behauptete, es habe ein verwerfliches Verbrechen begangen. Sie erzählte ihre Geschichte in der Art, daß ihre Psyche vor Schrecken über das Bekannte starr war, und daß die Polizei eine Untersuchung veranlaßte. Die Polizei konnte aber keine hinreichenden Beweise von dem Mädchen erhalten. Schließlich kam heraus, daß die ganze Geschichte ein Märchen war, und daß das Mädchen keineswegs unregelmäßig

war. Ihre erste Erklärung war die Folge einer „Ermedungsanbahn“, bei der über diesen Gegenstand gepredigt worden war. Hier das zweite Beispiel: Ein junger Mann von achtzehn Jahren, der ein langer Strafgefangener gewesen ist, in eine sensationelle Mordaffäre, aber die Unterführung beweist, daß sein Geländnis falsch war. Er war ein pathologischer Sünder und Selbstankläger.

Prof. Max G. Schlapp, Vorleser der pathologischen Klinik an der mehrlinigen Schule von New York, führt, einer amerikanischen Zeitung zufolge, folgendes Beispiel an: Im Keller eines New Yorker Hauses fand man eine Frau erdrosselt auf. Ein Mädchen kam in den Verdacht, den Mord begangen zu haben, und wurde verhaftet. Während der Prozedur schwelte, schrieb ein Gesangener im Eingangs-Gang ein langen Brief an das Gericht, worin er den Mord eingestand, aber den Mord mit vielen Einzelheiten, aber schließlich verriet er sich, als er ein bestimmtes Haus als Mordstätte bezeichnete. Das Haus, in dem der Mord begangen worden war, lag nämlich auf der anderen Straßenseite. Als man ihm das vorgelesen, gestand er, daß er die ganze Geschichte zusammengezogen habe, und daß er in Wirklichkeit zur Zeit des Mordes gar nicht in der Stadt war.

Ein noch methodischerer Fall ist folgender: Im New Yorker Stadtteil Bronx wurde ein Mann an einem unbekanntem Grundort die Leiche eines Mannes gefunden, der offenbar einem proteozer Verbrecher zum Opfer geworden war. Der ganze Fall wird höchst erregt. Da kam eines Nachmittags ein vierzehnjähriges Mädchen atemlos auf die Polizeiwache gelaufen und erzählte, sie wisse, wo der Mord begangen habe. Sie sagte, ein alter Mann, der auf einer Bank im Park liege, habe erzählt ihr, daß er der Mörder sei. Die Polizisten gingen mit dem Mädchen und verhafteten einen alten Mann, der auf einer Bank im Sommergarten lag. Er war sehr aufgekratzt, legte alle Leinwand an dem Mord und betritt, daß er überhaupt mit dem Mädchen gesprochen habe. Nicht ohne Schwierigkeit und dann dem Eingreifen eines Notarztes entkam er dem Gericht. Auch zu diesem Fall bestimmte das Mädchen schließlich, daß es die ganze Sache erdichtet habe. Ferner hat man den Fall Gordon Hammet Hamdy, einem Bankräuber in Brooklyn, der zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde. Viele meinten, er sei ein pathologischer Sünder, und auch eine Anzahl von Neurologen

